

Antrag 96/I/2025

OV Wandlitz, UB Uckermark, UB Barnim, UB MOL

Der/Die Landtagsfraktion möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Für mehr Klimapolitik in Brandenburg

1 Die SPD Landtagsfraktion wird Maßnahmen in der
2 Klima-, Umwelt- und Naturschutzpolitik ergreifen,
3 die zu einer messbaren Verbesserung und Stabi-
4 lisierung des Grundwasserspiegels und zu einem
5 nachhaltigen Wasserhaushalt in Brandenburg füh-
6 ren. Weiterhin wird die SPD Landtagsfraktion Natur-
7 schutz und Biodiversität messbar vorantreiben. Sie
8 sind für unser Leben unerlässlich.

9

10 Begründung

11 Die Entwicklungen der politischen Ausrichtung in
12 der Klimapolitik der Landesregierung Brandenburg
13 veranlassen uns, die SPD Wandlitz, mit diesem An-
14 trag das Augenmerk der Landesregierung wieder
15 auf mehr Klima-, Umwelt- und Naturschutzpolitik
16 zu richten. Leider müssen wir erkennen, dass diese
17 Themen in der SPD Brandenburg nicht in der Priori-
18 tät behandelt werden, mit der sie zweifelsohne be-
19 handelt werden müssen. Daran muss sich dringend
20 etwas ändern!

21 - Halbherzige und zögerliche Klimapolitik ist unso-
22 zial, weil einkommensschwache und Haushalte mit
23 mittlerem Einkommen stärker betroffen sein wer-
24 den. - Halbherzige und zögerliche Klimapolitik ist
25 (land)wirtschaftsfeindlich, weil Erträge ausbleiben
26 und unsere Wirtschaft zu 100% auf unserer Umwelt
27 beruht. - Halbherzige und zögerliche Klimapolitik ist
28 lebensfeindlich, weil Ressourcen wie Wasser knapp
29 werden.

30 Brandenburg ist besonders vom Klimawandel be-
31 troffen. Eindrücklich ist dies im European state of
32 the climate report 2024 zu lesen. Der Hitzestress
33 nimmt stetig zu. Der Grundwasserspiegel sinkt kon-
34 tinuierlich, da Dauerregenperioden ausbleiben, Tro-
35 ckenperioden länger andauern und zunehmende
36 Starkregenereignisse aber vorrangig oberflächlich
37 abfließen. Hinzu kommen Berichte, wie der des
38 BND (NiKE), die schildern, in welcher Form mit der
39 Klimakrise ein Sicherheitsrisiko für uns einhergeht
40 und Publikationen des Deutschen Wetterdienstes
41 und des Potsdam Institute for Climate Impact Rese-
42 arch, die beschreiben, dass die Temperatur schnel-
43 ler steigt als bisher berechnet. Dass die Umsetzung

44 der Maßnahmen zum Schutz des Klimas bzw. zum
45 Schutz vor der Klimakrise auf kommunaler und Lan-
46 desebene erfolgen muss, ist ebenfalls unbestritten
47 und einleuchtend. Artenschutz und Biodiversität be-
48 deuten Erhalt bzw. Förderung der Wirtschaftsleis-
49 tung. Wir wissen, dass Biodiversität und Ökosystem-
50 leistungen der größte Wirtschaftssektor der Welt
51 sind. Ihr monetärer Wert übersteigt den des welt-
52 weiten Bruttosozialprodukts etwa um den Faktor
53 zwei. Auch in Deutschland basiert mehr als die Häl-
54 fe von Umsatz und Gewinn von Unternehmen direkt
55 oder indirekt auf den Leistungen der Natur. Wir for-
56 dern daher eine energische Naturschutz- und Um-
57 weltschutzpolitik! Finanzielle Kürzungen in diesem
58 Bereich sind kurzsichtig und werden später um ein
59 Vielfaches zum Tragen kommen. Weiterhin lehnen
60 wir die Kürzungen der Zuschüsse für Umweltver-
61 bände ab und fordern eine Korrektur im Haushalt.
62 Umweltverbände leisten unverzichtbare Arbeit in
63 der Aufklärung, Erklärung und Bürgerbeteiligung. In
64 einer Demokratie wie der unsrigen ist die Einbezie-
65 hung und Mitnahme der Bevölkerung unerlässlich,
66 um Dinge voranzutreiben und umzusetzen. Es ist
67 notwendig Umweltverbände stärker zu unterstüt-
68 zen, um in der Folge schnelleren Umwelt- und Kli-
69 maschutz voranzutreiben.

70 Die mit Abstand dringlichste Aufgabe ist es, das
71 Thema Wasser anzupacken. Wasser ist eine unserer
72 wichtigsten Lebensgrundlagen – für Mensch, Natur
73 und Wirtschaft.

74 In Brandenburg ist der Schutz dieser Ressource be-
75 sonders dringlich, da das Land zunehmend unter
76 den Folgen der Klimakrise, sinkenden Grundwasser-
77 ständen und einer insgesamt angespannten Was-
78 sersituation leidet. Im Nachfolgenden führen wir
79 ein paar Punkte auf, die umgehend umgesetzt wer-
80 den müssen. 1. Entgelte für Wasserentnahmen ge-
81 rechter gestalten Eine Überprüfung der Entgeltrege-
82 lung sollte dazu beitragen, auch bislang privilegier-
83 te Nutzergruppen wie Landwirtschaft, Bergbau oder
84 Industrie angemessen an den Kosten der Wasser-
85 entnahme zu beteiligen. Das würde nicht nur eine
86 faire Finanzierung der Wasserbewirtschaftung er-
87 möglichen, sondern auch Anreize für einen sparsa-
88 men Umgang mit Wasser und für Investitionen in
89 Rückhaltemaßnahmen schaffen.

90 2. Erlaubnispflicht für Wasserentnahmen stärken
91 Um den tatsächlichen Wasserverbrauch erfassen
92 und steuern zu können, muss die Erlaubnispflicht

93 bei Wasserentnahmen ausgeweitet werden. So kön-
94 nen Grundwasserentnahmen transparenter und ef-
95 fektiver reguliert werden, um die Ressourcen lang-
96 fristig zu schützen.

97 3. Stau als einfache Maßnahme zum Wasserrück-
98 halt erleichtern Einfache, temporäre und Probe-
99 Stau müssen unbürokratisch und auf Grundlage
100 klarer Vorgaben genehmigt werden. Als unterge-
101 setzliche Maßnahme wäre dies schnell umzusetzen
102 und würde die Behörden entlasten, langwierige Ver-
103 fahren vermeiden und Landnutzenden ermöglichen,
104 schnell auf Trockenheit und Wasserknappheit zu re-
105 agieren und den Wasserrückhalt in der Landschaft
106 aktiv zu unterstützen.

107 4. Gewässerrandstreifen konsequent ausweisen Es
108 bedarf dringend verbindlicher Gewässerrandstrei-
109 fen von mindestens 10 Metern an ausgewiesenen
110 Fließgewässern und 30 Metern an Seen. Diese Puf-
111 ferzonen verbessern die chemische Wasserqualität,
112 fördern die Biodiversität und sichern langfristig die
113 Bildung von sauberem Trinkwasser.

114 5. Gewässerunterhaltung stärker auf Wasserrück-
115 halt ausrichten Es braucht klare gesetzliche Vorga-
116 ben, die das Halten von Wasser in der Landschaft als
117 zentrale Aufgabe der Gewässerunterhaltung durch
118 die Wasser- und Bodenverbände festschreiben. Vie-
119 le Verbände sehen das aktuell nicht als ihre Aufgabe
120 an, und ohne eindeutige Zielvorgaben bleibt das Po-
121 tenzial für Wasserrückhalt und Klimaanpassung un-
122 genutzt.

123 Des Weiteren spielt die Wiedervernässung von Moo-
124 ren eine unerlässliche Rolle, um der Klimakrise zu
125 begegnen. Moore sind beträchtliche CO₂-Speicher.
126 Sie tragen zum Gewässer- und Landschaftsschutz
127 bei, indem sie Nähr- und Schadstoffe aus dem Was-
128 ser filtern und so sauberes Wasser an die Land-
129 schaft abgeben. Moorkörper kühlen die Umgebung
130 um mehrere Grad Celsius ab, so wie auch der Wald
131 selbst. Moore tragen zum Artenschutz bei.

132 Die Aussetzung der EU-Richtlinie zum Moorschutz
133 ist rechtlich nicht möglich und kann im schlimms-
134 ten Fall Strafgeelder der EU nach sich ziehen. Das Mi-
135 nisterium gibt in einer Pressemitteilung an, grund-
136 sätzlich die Verordnung umsetzen zu wollen. Al-
137 lein es stellt sich die Frage, weshalb dann vorgese-
138 hene Finanzmittel vollständig zurückgezogen wur-
139 den (Niederoderbruch-Projekt), wenn man sie doch
140 noch benötigen würde. Die Aussage der Ministe-
141 rin „Mir ist es ein besonderes Anliegen deutlich

142 zu machen, dass im Land Brandenburg nicht ir-
143 gendeine nicht näher definierte Natur zu schützen
144 ist, sondern die Weiterentwicklung unserer Kultur-
145 landschaften im Konsens mit berechtigten Natur-
146 schutzinteressen im Vordergrund steht“ lässt doch
147 die Einstellung zum Natur- und damit einherge-
148 henden Klimaschutz erkennen. Das heute so wie
149 seit Jahrzehnten Naturschutzinteressen berechtigt
150 sind, steht ja wohl außer Frage! Diese Einstellung
151 steht dem Wort „sozial“ im Namen der Partei dia-
152 metral entgegen. Umweltschutz- und Klimapolitik
153 derart zu verweigern ist unsozial, denn die Auswir-
154 kungen werden besonders einkommensschwache
155 Schichten treffen. Es kann gar nicht oft genug gesagt
156 werden: Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sind un-
157 sere Zukunft. Wenn hier nicht dringend gehandelt
158 wird, werden enorme Sicherheitsrisiken und Kos-
159 ten auf uns und die zukünftigen Generationen zu-
160 kommen! Die Versicherungswirtschaft lässt da kei-
161 ne Zweifel mehr aufkommen. Im Jahr 2024 wurden
162 durch Extremwetterereignisse Schäden in Höhe von
163 5,5 Mrd. € verursacht (Gesamtverband der Versiche-
164 rungswirtschaft). Wir erachten es als unverantwort-
165 lich in den o.g. Bereichen Gelder zu kürzen und in-
166 frage zu stellen! Sämtliche Ausgaben, die in Infra-
167 struktur fließen, sind obsolet, wenn nicht Extrem-
168 wetterereignisse verhindert werden, die diese Infra-
169 struktur wieder zerstören. Das können wir nur ver-
170 hindern, indem endlich die Politik Klima-, Umwelt-
171 und Naturschutz prioritär auf die Tagesordnung ih-
172 res Handelns setzt.